

FDP

Die Liberalen

## Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 214 / 2014

Kiel, Mittwoch, 14. Mai 2014

Wirtschaft / Mittelstandspolitik

## Christopher Vogt: Die Landesregierung muss den Mittelstand stärken, wo sie nur kann

In seiner Rede zu TOP 32 und 39 (Mittelstandspolitik in Schleswig-Holstein) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Ich möchte gern mit dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion beginnen. Dieser enthält ja recht viele eher allgemeine Forderungen mit Blick auf die Europawahl, aber es sind viele wichtige Forderungen darin enthalten, die wir ebenfalls unterschreiben können, wie z.B. eine verstärkte Wirtschaftsförderung durch eine bessere Daten- und Verkehrsinfrastruktur, eine Harmonisierung der Förderpolitiken, um Subventionswettläufe zu verhindern, der Abbau von Bürokratie, die Stärkung der Verbundforschung, mehr Investitionen in Bildung und die Deckung des Fachkräftebedarfs.

Europa wird seine sozialen Errungenschaften, also das vergleichsweise hohe Niveau der sozialen Absicherung, auf Dauer nur dann erhalten können, wenn es sich immer wieder aufs Neue um den Erhalt bzw. die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit bemüht und wenn es auch in Zukunft innovative Produkte in die ganze Welt exportieren kann. Ohne eine starke Wirtschaft ist der Sozialstaat, wie wir ihn kennen und erhalten wollen, nicht finanzierbar. Unser segensreicher Wohlstand ist im Wesentlichen auf den Mittelstand – also die vielen kleinen und mittleren Betriebe, die meistens inhabergeführt sind, und auch auf den industriellen Kern und das produzierende Gewerbe zurückzuführen. Hier entstehen die entscheidenden Ideen für neue Produkte und konkurrenzfähige Dienstleistungen, hier wird die maßgebliche Wertschöpfung erzielt, die unsere gesamte Volkswirtschaft trägt und die Kaufkraft steigert. Ohne einen gesunden Mittelstand und die industriellen Kerne wäre unser Wohlstandsniveau also nicht vorstellbar. Das sage ich gerade auch im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur.

**Wolfgang Kubicki**, MdL  
Vorsitzender

**Christopher Vogt**, MdL  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg**, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer

tur, bezahlbare Energiepreise und ein gewisses Maß an Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Wer Wohlstand für alle möchte und propagiert, der muss eben auch die richtigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen. Schleswig-Holstein hat bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Vergleich der westdeutschen Bundesländer und zu anderen vergleichbaren europäischen Regionen großen Nachholbedarf. Deshalb muss die Landesregierung den Mittelstand mit den richtigen Rahmenbedingungen stärken, wo sie nur kann.

Das Land Schleswig-Holstein braucht aber auch endlich eine aktive Industriepolitik. Da schlummert die Landesregierung weiter vor sich hin. Es bereitet mir Sorge, wenn ich mir beispielsweise die industrielle Entwicklung in unserer Landeshauptstadt anschau. Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Kommunen an Konzepten arbeiten, wie dieser negative Trend gestoppt und am besten wieder umgekehrt werden kann. Es wäre schon ein erster guter Anfang für eine bessere Wirtschaftspolitik für unser Land, wenn die rot-grün-blaue Landesregierung von weiteren gesetzgeberischen Gängelungen der Unternehmen absehen würde. Wenn ich mir die Wohnungsbaupolitik, die Umweltpolitik oder auch den Denkmalschutz und das Vergaberecht anschau, habe ich da jedoch nur wenig Hoffnung. Die Landesregierung macht leider lieber Vorschriften anstatt den Mittelstand und die industriellen Kerne zu unterstützen.

Es ärgert mich schon sehr, wenn Populisten behaupten, unser Wohlstand in Deutschland und unsere Exportstärke wären der Grund für die schwierige Lage in den Krisen-Staaten. Solche Äußerungen finden bedauerlicherweise auch im linken Lager in Deutschland Anklang. Fakt ist doch: Wenn es uns schlechter geht, geht es niemandem besser. Ganz im Gegenteil. Je besser es Deutschland geht, desto besser geht es auch unseren europäischen Nachbarn. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln mit dem Titel ‚Industrieland Europa‘ hat festgestellt, dass ein exportschwächeres Deutschland nicht nur sich selbst, sondern auch seinen EU-Partnern schaden würde. Die Wirtschaft in den anderen EU-Staaten profitiert vom deutschen Exporterfolg. Der Hauptgrund dafür: In deutschen Exportprodukten steckt auch sehr viel Vorleistung aus anderen EU-Ländern. Ergebnis der Studie: Wenn die deutschen Exporte um zehn Prozent steigen, erhöhen sich die Vorleistungsexporte der EU-Partner gleichzeitig um neun Prozent. Exportiert Deutschland mehr, treibt dies gleichzeitig in fast gleichem Ausmaß die Ausfuhren in anderen Ländern an.

Lassen Sie mich am Schluss noch zu dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen kommen: Trotz mehrmaligen Lesens habe ich den tieferen Sinn des Antrages leider immer noch nicht komplett durchdrungen. Was genau wollen Sie? Wollen Sie erreichen, dass die Unternehmen der Wohlfahrtsverbände mehr Zuschüsse des Landes erhalten sollen?

Ich bin der Auffassung, dass die Mehrheit gerade der kleinen und mittleren Betriebe in unserem Land soziale Unternehmen sind, weil sie gutbezahlte Jobs schaffen, die Interessen ihrer Arbeitnehmer im Blick haben und ihre Gewinne verantwortlich investieren. Sie sorgen für den Erhalt unseres Wohlstandes und für diese müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir brauchen nicht noch mehr Wirtschaftszweige, die von öffentlichen Geldern abhängig sind.“